



Nazwa instytucji

# Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

## Wycinek z gazety niemieckiej o otrzymaniu zasiłku na 16-letnią córkę

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

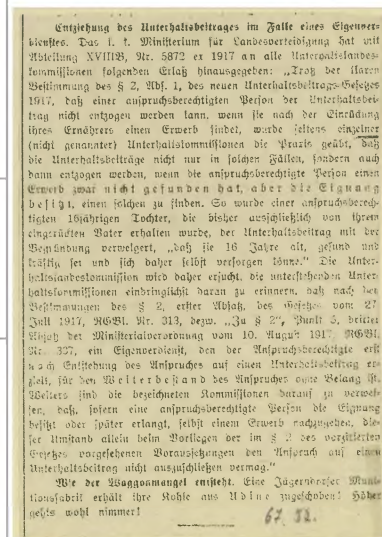
TR 067.052

Data wydania oryginału

Ok. 1918

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo  
**Kultury**  
i Dziedzictwa  
Narodowego.



NARODOWY  
INSTYTUT  
AUDIOWIZUALNY

**KULTURA+**



Digitalizacja

Entziehung des Unterhaltsbeitrages im Falle eines Eigenverdienstes. Das k. k. Ministerium für Landesverteidigung hat mit Abteilung XVIII B, Nr. 5872 ex 1917 an alle Unterhaltslandeskommissionen folgenden Erlaß hinausgegeben: „Trotz der klaren Bestimmung des § 2, Abs. 1, des neuen Unterhaltsbeitrags-Gesetzes 1917, daß einer anspruchsberechtigten Person der Unterhaltsbeitrag nicht entzogen werden kann, wenn sie nach der Einrückung ihres Ernährers einen Erwerb findet, wurde seitens einzelner (nicht genannter) Unterhaltskommissionen die Praxis geübt, daß die Unterhaltsbeiträge nicht nur in solchen Fällen, sondern auch dann entzogen werden, wenn die anspruchsberechtigte Person einen Erwerb zwar nicht gefunden hat, aber die Eignung besitzt, einen solchen zu finden. So wurde einer anspruchsberechtigten 16jährigen Tochter, die bisher ausschließlich von ihrem eingerückten Vater erhalten wurde, der Unterhaltsbeitrag mit der Begründung verweigert, „daß sie 16 Jahre alt, gesund und kräftig sei und sich daher selbst versorgen könne.“ Die Unterhaltslandeskommission wird daher ersucht, die unterstehenden Unterhaltskommissionen eindringlichst daran zu erinnern, daß nach den Bestimmungen des § 2, erster Absatz, des Gesetzes vom 27. Juli 1917, RGBl. Nr. 313, bezw. „Zu § 2“, Punkt 5, dritter Absatz der Ministerialverordnung vom 10. August 1917, RGBl. Nr. 337, ein Eigenverdienst, den der Anspruchsberechtigte erst nach Entstehung des Anspruches auf einen Unterhaltsbeitrag erzielt, für den Weiterbestand des Anspruches ohne Belang ist. Weiters sind die bezeichneten Kommissionen darauf zu verweisen, daß, sofern eine anspruchsberechtigte Person die Eignung besitzt oder später erlangt, selbst einem Erwerb nachzugehen, dieser Umstand allein beim Vorliegen der im § 2 des vorzitierten Gesetzes vorgesehenen Voraussetzungen den Anspruch auf einen Unterhaltsbeitrag nicht auszuschließen vermag.“

Wie der Waggonmangel entsteht. Eine Jägerndorfer Munitionsfabrik erhält ihre Kohle aus Udine zugeföhren! Höher gehts wohl nimmer!

Juli 1917 eine ganz besonders große Not unter der Bevölkerung herrschte. Wenngleich man die Aufregung, in welche die Bevölkerung geriet, begreifen kann, so könne man doch die den Angeklagten zur Last gelegte Tat nicht entschuldigen. Nur glaube die Staatsanwaltschaft selbst, daß den strafunmündigen Kindern und den Jugendlichen das Bewußtsein der Tat gemangelt habe und daß daher eine Rechtsbeugung wohl nicht eintreten wird, wenn das Gericht diese Jugendlichen und strafunmündigen Personen freispricht. Eine Ausnahme müsse jedoch bei zwei Jugendlichen gemacht werden, welchen der Waisenrat und die Schule ein schlechtes Zeugnis ausgestellt habe. Für diese werde es im eigenen Interesse vorteilhaft sein, wenn durch eine wenngleich milde Strafe für ihr ganzes Leben ihre Verfehlung in ihr Gedächtnis eingeprägt wird. Bezüglich aller übrigen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung im Sinne der Anklage. Hierauf spricht Herr Dr. Wolf, Advokat in Troppau als Verteidiger einer Angeklagten. Er schilderte die ungeheure Notlage, in der sich die Bevölkerung befand und beantragte den Freispruch seiner Klientin aus dem Grunde, daß sie in unwiderstehlichem Zwange gehandelt habe. Für alle übrigen 58 Angeklagten ergriff Genosse Dr. Viktor Haas, Advokat in Mähr.-Osttau, das Wort zur Verteidigungsrede, in welcher er im wesentlichen folgendes ausführte:

Die in der Anklageschrift angeführten Tatsachen sind mit zwei Ausnahmen vollständig erwiesen und zwar hat in allen Fällen nur das Geständnis in der Voruntersuchung es der Staatsanwaltschaft überhaupt ermöglicht, eine Anklage zu erheben, da außer dem Geständnis der Angeklagten andere Beweise nicht vorliegen. Bezüglich der Angeklagten Sofie Hübner und Ferdinand Ludwig fehlt überhaupt jeder Beweis. Die von der Staatsanwaltschaft vorgenommene Qualifikation der den Angeklagten zur Last gelegte Tat ist jedoch eine irrtümliche; denn es liegt in keinem Falle das Verbrechen des Diebstahls, sondern nur der Tatbestand der Uebertretung des Diebstahls vor. Die Staatsanwaltschaft hat, um die Qualifikation als Verbrechen zu erreichen, angenommen, daß sich die Bestohlenen in einer besonderen Bedrängnis befanden, in welchem Falle nach § 174 I C des Strafgesetzes der Diebstahl ohne Rücksicht auf den Betrag des gestohlenen Gutes zum Verbrechen wird. Das Gesetz erfordert jedoch zur Qualifikation des Diebstahls als Verbrechen eine Bedrängnis des Bestohlenen, welche nicht in der Diebstahlshandlung selbst liegt, sondern durch ein mit der Diebstahlshandlung in keinerlei Zusammenhange stehendes Ereignis herbeigeführt wurde.